

Protokoll Kreismitgliederversammlung

Samstag, 27.09.2025, 14:30 Uhr,
Berufliche Schule des Kreises Pinneberg (Pinneberg)



Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalia
2. Beschlussfassung über Protokoll
P1 – KMV und WahlV vom 19.07.2025
3. Schweigemoment
4. Vortrag der Bürgerinitiative A23 für umweltfreundliche Mobilität
5. Anträge
 - 5.1 Sachanträge
 - 5.2 Dringlichkeitsanträge
6. Wehrpflicht? Soziales Pflichtjahr? Eine Debatte in unklaren Zeiten mit Konstantin von Notz, MdB
7. Berichte
8. Termine und Verschiedenes

1. Begrüßung und Formalia

- Ann Christin Hahn (OV Tornesch) begrüßt die Anwesenden zu Beginn der KMV im Namen des Kreisvorstandes.
- Zur Versammlungsleitung werden einstimmig Ann Christin Hahn und Florian Juhl (OV Pinneberg und Pinnaudörfer) gewählt.
- Zur Protokollführung wird einstimmig Leonie Fischer (OV Pinneberg und Pinnaudörfer) gewählt.
- Es wird festgestellt, dass form- und fristgerecht geladen wurde.
- Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.
- Der Verfahrensvorschlag wird einstimmig beschlossen.

2. Beschlussfassung über Protokoll

- Das Protokoll P1 (KMV und WahlV vom 19.07.2025) wird bei wenigen Enthaltungen beschlossen.

Grußwort Ortsverband Pinneberg und Pinnaudörfer

- Katharina Hinte hält als Sprecherin des Ortsverbandes eine Begrüßungsrede.
-

3. Schweigemoment

- Es wird mit einem Schweigemoment vierer verstorbener Mitglieder gedacht:

Kerstin Gabriel (OV Schenefeld)

Angela Alexander (OV Uetersen)

Hellmut Metz (OV Wedel)

Markus Schlichter (OV Pinneberg und Pinnaudörfer)

- Aktive aus den vier Ortsverbänden sprechen einige Worte über unsere verstorbenen Freund*innen, sprechen ihre Anteilnahme aus und danken für ihr Engagement.
 - Es wird eine Schweigeminute abgehalten.
-

4. Vortrag der Bürgerinitiative A23 für umweltfreundliche Mobilität

- Wolfgang Melzer von der Bürgerinitiative ist leider nicht erschienen.
 - Der Vortrag entfällt, stattdessen wird die aktuelle Situation um die A23 mit dem Einbringen des Antrages A1 durch Lukas erläutert.
-

5. Anträge

5.1 Sachanträge

A1 – Vier Gleise statt sechs Spuren: Planungskapazitäten sinnvoll nutzen (Kreisvorstand)

- Lukas Unger (OV Schenefeld) bringt den Antrag für den Kreisvorstand ein.
- Es liegt ein Änderungsantrag A1Ä1 von Nadine Mai (OV Uetersen) vor.
- Nadine bringt den Änderungsantrag ein.
- In der Aussprache gibt es einige Redebeiträge (2 x OV Tornesch, OV Uetersen).
- Abstimmung über den Änderungsantrag A1Ä1 per Handzeichen: Der Antrag wird bei 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen **angenommen**.
- Der geänderte Antrag A1 (Ä1) wird bei einer Enthaltung **angenommen**.

A2 – Trinkwasserbrunnen kreisweit installieren (Kreisvorstand)

- Marlene Renner (OV Uetersen) und Ann Christin Hahn bringen den Antrag für den Kreisvorstand ein.
- Es gibt einige unterstützende Redebeiträge in der Diskussion des Antrages.

- Ein Änderungsantrag A2Ä1 von Katrin Stange (OV Uetersen) wurde von den Antragstellerinnen übernommen.
- Abstimmung per Handzeichen: Der geänderte Antrag A2 (Ä1) wird einstimmig **angenommen.**

A3 – Vernetzt unterwegs: Radverkehr systematisch ausbauen und koordinieren (Lukas Unger, OV Schenefeld, Jan Mackenthun, OV Pinneberg, Mathias Schmitz, OV Schenefeld)

- Lukas Unger bringt den Antrag für die Antragsteller ein.
- Es gibt in der Aussprache einen Redebeitrag eines Mitglieds (OV Tornesch), das betont, dass die Verkehrsplanung sich dahingehend ändern muss, dass das Auto nicht mehr länger Vorrang hat, sondern das Fahrrad in der Raumplanung endlich gleichberechtigt wird.
- Abstimmung per Handzeichen: Der Antrag wird bei wenigen Enthaltungen **angenommen.**

A4 – Den Rechtsstaat in der Fläche sichern! (Lukas Unger, OV Schenefeld, Florian Juhl, OV Pinneberg)

- Lukas Unger bringt den Antrag für die Antragsteller ein.
- Es gibt zwei Verständnisfragen von Mitgliedern (OV Pinneberg und Pinnaudörfer sowie OV Elmshorn), die von Lukas beantwortet werden.
- Es gibt in der Aussprache einen Redebeitrag von Eka von Kalben, MdL, die die Situation in der Landespolitik erläutert: Die Landesregierung ist zum Sparen gezwungen und es ist unfassbar schwierig, die Bereiche zu bestimmen, die es trifft. Sie unterstützt aber den Antrag in der vorliegenden Fassung.
- Ein Mitglied (OV Helgoland) führt an, dass es rein quantitativ tatsächlich eine leicht erhöhte Menge Amtsgerichte bei uns gibt. Die Siedlungsdichte sollte der entscheidende Faktor sein, nicht die Landkreisgrenzen.
- Es gibt weitere unterstützende Redebeiträge (OV Uetersen, OV Tornesch).
- Abstimmung per Handzeichen: Der Antrag wird bei 10 Enthaltungen **angenommen.**

A5NEU – Keine Wehrpflicht, keine Pflichtdienste (GRÜNE JUGEND Kreisverband Pinneberg)

- Der Antrag wird auf Wunsch der Antragsteller*innen nach TOP 6 (Debatte über die Wehrpflicht) eingebracht und verhandelt.

5.2 Dringlichkeitsanträge

- Es gibt keine Dringlichkeitsanträge.

6. Wehrpflicht? Soziales Pflichtjahr? Eine Debatte in unklaren Zeiten mit Konstantin von Notz, MdB

- Dagmar Sydow-Graen (OV Tornesch) begrüßt im Namen des Kreisvorstandes Konstantin von Notz (MdB), Marcel Beutel (Sprecher GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein) und Eka von Kalben (MdL) und erläutert das Konzept.
- Hammelsprung Nr. 1: Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, sich auf einer auf dem Boden markierten Skala zu positionieren: Von „Ja“ zur Wehrpflicht über „Soziales Pflichtjahr“ als mittlere Position bis zu „Nein“ zur Wehrpflicht.
 - ➔ Es ist folgende Verteilung erkennbar: Eine mittelgroße Gruppe sammelt sich bei „Nein“, eine kleine Gruppe bei „Ja“ und die größte Gruppe in der Mitte mit wenigen Personen in den Zwischenräumen verstreut in Richtung „Ja“ und einigen weiteren in Richtung „Nein“.
- Konstantin von Notz, MdB, stellt mit einem Redebeitrag die aktuelle sicherheitspolitische Situation dar, erläutert seine persönliche Position sowie das vorliegende Gesetzesvorhaben der schwarz-roten Bundesregierung.
- Marcel Beutel stellt die Position der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein vor, insbesondere aus dem Blickwinkel junger (betroffener) Menschen und vor dem Hintergrund der Frage der Generationengerechtigkeit.
- Eka von Kalben, MdL, stellt die Situation aus Sicht der Landespolitik, mit ihrem Hintergrund im Ostseeparlament die Sicht des europäischen Ostseeraumes sowie ihre persönliche Position dar, insbesondere auch zum Thema eines sozialen Pflichtjahres und der Geschichte dieser Debatte innerhalb unserer Partei.
- Nach jedem Redebeitrag gibt es Gelegenheit für Fragen. Es werden viele Fragen gestellt, die beantwortet werden.
- Anschließend gibt es Gelegenheit für Kommentare und sonstige Redebeiträge zum Thema. Es gibt viele Redebeiträge, die verschiedene Positionen vertreten.
- Hammelsprung Nr. 2: Die Teilnehmenden haben erneut die Möglichkeit, sich auf der Skala zu positionieren.
 - ➔ Es werden folgende leichte Veränderungen in der Verteilung erkennbar: Die größte Gruppe befindet sich noch immer in der Mitte der Skala, allerdings mit einer leichten Verschiebung in Richtung „Ja“. Bei „Ja“ steht eine etwa gleich große Gruppe wie zuvor. Die Gruppe bei „Nein“ ist leicht gewachsen. Insgesamt haben etwas weniger Personen am zweiten Hammelsprung teilgenommen.
 - ➔ Die Ergebnisse der beiden Meinungsbilder zeigen nur Momentaufnahmen der Stimmung unter den KMV-Teilnehmenden und sind nicht automatisch repräsentativ für die Gesamtpositionierung unseres Kreisverbandes.
 - ➔ Es wurde in der heutigen Debatte weder eine endgültige Antwort auf die Frage nach der Wehrpflicht gefunden, noch wurde die Debatte mit dem Anspruch geführt, eine solche zu finden.

- Florian Juhl erklärt als Versammlungsleiter, dass der Antrag auf Wunsch der Antragsteller*innen **vertagt** wird.
-

7. Berichte

- Es berichtet **Eka von Kalben** aus dem **Landtag**.
 - Die Landesregierung ist derzeit zum Sparen gezwungen, darunter leiden die Gestaltungsmöglichkeiten.
 - Einige positive Nachrichten gibt es trotzdem: z.B. das System der Wiedereingliederungshilfe wird gerade besser und gleichzeitig günstiger.
 - Die Grünen in der Landesregierung kämpfen allein auf weiter Flur für das Thema Klima-, Umwelt- und Artenschutz. Auf die SPD ist bei diesen Themen kein Verlass mehr, sie lobt z.B. die CDU-Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche.
 - Der Umgang mit den Koalitionskolleg*innen in der CDU ist sehr gut, aber inhaltlich gibt es natürlich große Differenzen.
 - Die niedrige Priorisierung des Ausbaus des 3. und 4. Gleises ist ein großes Thema. Die CDU ist mit ihrer eigenen Bundesregierung sehr unzufrieden, hier herrscht allgemeine Einigkeit unter den Parteien im Landtag. Leider setzt die Bundesregierung ihre Finanzierungsprioritäten regelmäßig von Süden nach Norden in absteigender Wichtigkeit.
 - Die Brandmauer nach rechts steht – zumindest mit der CDU Schleswig-Holstein und Daniel Günther. Auf einen Wiedereinzug der AfD in den Landtag zur Landtagswahl 2027 muss sich mit einer breiten demokratischen Mehrheit vorbereitet werden.
 - Die Landtagsabgeordneten freuen sich, wenn die Kreisverbände sie für Veranstaltungen einladen. Eka selbst tourt gerade mit einem Europa-Pubquiz.
 - Es gibt viele Fragen von Mitgliedern (OV Tornesch, OV Elmshorn, 3 x OV Uetersen, OV Helgoland), insbesondere zu finanzpolitischen Themen, die Eka beantwortet.
- Es berichtet **Lukas Unger** aus dem **Kreistag**.
 - Die größte Herausforderung ist auch auf Kreisebene die Finanzsituation. Die Haushaltsverhandlungen laufen gerade: Der Kreis hat aktuell ein prognostiziertes Minus von ca. 86 Mio €.
 - Es läuft darauf hinaus, dass die Kreisumlage erhöht werden muss. Die CDU hatte zuletzt noch darauf beharrt, diese nicht anzutasten, das wird nun aber nicht mehr möglich sein.
 - Durch den Geldmangel leidet die politische Arbeit im Kreis. Unsere Fraktion bemüht sich aktuell, den Status quo möglichst gut zu halten und Einsparungen nur dort vorzunehmen, wo es nicht anders möglich ist.
 - Es gibt drei Fragen von Kommunalpolitiker*innen (OV Wedel, OV Tornesch, OV Pinneberg und Pinnaudörfer), die Lukas beantwortet.

- Es berichtet **Marcel Beutel** von der **GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein**.
 - Der Bundesverband der GJ wird bald einen neuen Bundesvorstand wählen. Die bisherigen Sprecher*innen Jette und Jakob treten nicht wieder an.
 - Die GJ-Kreisverbände sollen gestärkt werden.
 - Die GJ kritisiert inhaltlich derzeit vor allem die Kehrtwende der Bundesregierung in der Energiepolitik, insbesondere im Bezug auf die Gasbohrungen vor Borkum.
-

8. Termine und Verschiedenes

- 01.10.2025, 18:00 Uhr: Lettuce Talk (Aktiventreffen) der GRÜNEN JUGEND Kreis Pinneberg in der Kreisgeschäftsstelle

Gemeinsame Termine zum 35-jährigen Jubiläum der Deutschen Einheit mit unserem Partner-KV Saalekreis (Anmeldung für alles bei nadine.mai@gruene-pi.de):

- 04.10.2025, 10:00 Uhr: Einheitsbuddeln auf der Obstwiese in Hetlingen, danach Stadtführung in Hamburg mit Social-Media-Begleitung
 - 04.10.2025, 19:00 Uhr: Einheits-Party in der Weißen Villa in Elmshorn
 - 05.10.2025, 11:00 Uhr: Apfelmarkt in Uetersen mit Programm für Groß und Klein sowie dem Landtagsmobil
 - 05.10.2025, 13:00 Uhr: Diskussion und Workshop „Die Wiedervereinigung politisch: innerdeutsche Brüche, Allianzen und Zukunftsprojekte“ mit Eka von Kalben (MdL) im Haus Ueterst End in Uetersen
 - 24.10.2025, 18:00 Uhr: Grüner Frauentreff in der Kreisgeschäftsstelle
 - 14.11.2025, 19:00 Uhr: OV Quickborn: Energetische Sanierung von Immobilien mit Michael Hell und Gilbert Sieckmann-Joucken im Artur-Grenz-Saal in Quickborn
 - 22.-23.11.2025: Landesparteitag in der Stadthalle Neumünster
 - 07.12.2025: Weihnachts-KMV
-

Die KMV wird um 17:57 Uhr beendet.

Pinneberg, 27.09.2025
gez. Leonie Fischer

Anhang:

- Beschluss A1: Vier Gleise statt sechs Spuren: Planungskapazitäten sinnvoll nutzen
- Beschluss A2: Trinkwasserbrunnen kreisweit installieren
- Beschluss A3: Vernetzt unterwegs: Radverkehr systematisch ausbauen und koordinieren
- Beschluss A4: Den Rechtsstaat in der Fläche sichern!

Beschluss Vier Gleise statt sechs Spuren: Planungskapazitäten sinnvoll nutzen

Gremium: Kreismitgliederversammlung Pinneberg

Beschlussdatum: 27.09.2025

Tagesordnungspunkt: 5.1. Sachanträge

Antragstext

- 1 Der Kreisverband Pinneberg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht sich entschieden
- 2 gegen den geplanten sechsstreifigen Ausbau der A23 zwischen den Anschlussstellen
- 3 Eidelstedt und Tornesch aus. Das Verkehrsaufkommen rechtfertigt diesen massiven
- 4 Eingriff nicht, zudem ist das Projekt wirtschaftlich nicht vertretbar. Es bindet
- 5 Planungskapazitäten und Mittel, die dringend an anderer Stelle benötigt werden.

- 6 Wir fordern, dass Ressourcen prioritär in den Ausbau der Schiene fließen,
- 7 insbesondere in die Realisierung des dritten und vierten Gleises, um eine
- 8 nachhaltige und zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur im Kreis und der
- 9 Metropolregion sicherzustellen. Zudem muss die im Koalitionsvertrag Schleswig-
- 10 Holstein festgelegte Reaktivierung und Erweiterung der Bahnanbindung Uetersen-
- 11 Tornesch nach Hamburg Nord/Barmbek sofort mitgeplant werden. Mit einer
- 12 Schienenanbindung in den Hamburger Norden würde die A23 deutlich entlastet. Dies
- 13 ist für den Wirtschaftsstandort Kreis Pinneberg, aber auch im Hinblick auf das
- 14 neu zu bauende Krankenhaus in Pinneberg Nord von zentraler Bedeutung, da eine
- 15 leistungsfähige, zuverlässige und klimafreundliche Anbindung für Mitarbeitende,
- 16 Patient*innen und Besucher*innen essenziell ist.

- 17 Gleichzeitig muss gewährleistet bleiben, dass notwendige Anpassungen im Bereich
- 18 der Anschlussstellen vorgenommen werden können, wenn sie der Erreichbarkeit und
- 19 Versorgungssicherheit im Bereich des Krankenhauses dienen.

Beschluss Trinkwasserbrunnen kreisweit installieren

Gremium: Kreismitgliederversammlung Pinneberg
Beschlussdatum: 27.09.2025
Tagesordnungspunkt: 5.1. Sachanträge

Antragstext

- 1 Der Kreisverband setzt sich dafür ein, dass in allen Orten im Kreis Pinneberg
- 2 Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden. Wir Grüne sehen dies als notwendigen
- 3 Schritt zur Umsetzung des Wasserhaushaltsgesetzes, um den öffentlichen Raum
- 4 bedürfnisorientierter zu gestalten und das Menschenrecht auf Trinkwasser zu
- 5 wahren.
- 6 Der Kreisvorstand wird aufgefordert, eine Antragsvorlage inklusive der
- 7 Möglichkeiten zu Finanzierung und Kooperationen für die Ortsfraktionen zu
- 8 entwerfen und die Ortsfraktionen beim Prozess zur Umsetzung zu unterstützen.

Beschluss Vernetzt unterwegs: Radverkehr systematisch ausbauen und koordinieren

Gremium: Kreismitgliederversammlung Pinneberg

Beschlussdatum: 27.09.2025

Tagesordnungspunkt: 5.1. Sachanträge

Antragstext

Ziel ist es, den Radverkehr im Kreis Pinneberg systematisch zu stärken, besser zu vernetzen und eine attraktive, sichere und klimafreundliche Mobilität für alle Menschen zu ermöglichen. Dazu wird beschlossen:

Kreisebene

1. RadRoutePlus umsetzen

Der Kreis Pinneberg setzt sich für die zügige Planung und Umsetzung der RadRoutePlus von der Hamburger Landesgrenze bis Elmshorn ein. Diese soll als erste hochwertige Radverkehrsachse in der Metropolregion Hamburg im Kreis Pinneberg entstehen. Ziel ist es, eine leistungsfähige, sichere und durchgängige Verbindung für den Alltagsradverkehr zu schaffen.

2. Radverkehrskoordination einrichten

Der Kreis Pinneberg richtet eine Stelle für eine Radverkehrskoordination ein, die über das Landesförderprogramm "Ab aufs Rad" finanziert werden kann. Ziel ist es, das bestehende Radverkehrskonzept weiterzuentwickeln, kommunale Strukturen zu vernetzen und den Aufbau eines übergreifenden Radwegenetzes im Kreis voranzubringen.

3. Interkommunale Zusammenarbeit stärken

Zur Stärkung des kommunalen Austauschs wird eine AG Radverkehr im Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegründet. Gleichzeitig wird die Kreisverwaltung beauftragt, interkommunale Abstimmungsprozesse zur Radverkehrsplanung institutionell zu etablieren. Ziel ist es, Synergien zwischen den Kommunen zu nutzen und ein schlüssiges Radwegenetz für den gesamten Kreis zu entwickeln.

Landesebene

Ziel ist es, die rechtlichen und institutionellen Grundlagen für eine nachhaltige Radverkehrsförderung in Schleswig-Holstein und der Metropolregion Hamburg zu schaffen. Dazu wird beschlossen:

4. Radwege im Straßen- und Wegegesetz verankern

Das Land Schleswig-Holstein soll Radwege systematisch in das Straßen- und Wegegesetz (StrWG) aufnehmen. Ziel ist es, Radwege rechtlich den Straßen gleichzustellen, klare Zuständigkeitsebenen (Gemeinden, Kreise, Land) zu definieren und Radwege auch unabhängig von Straßenkörpern planungsfähig zu

33 machen. Beispielhaft kann die Umsetzung des Niedersächsischen
34 Straßengesetzes dienen.

35 5. Institution für länderübergreifende Radwegeplanung schaffen
36 Schleswig-Holstein setzt sich gemeinsam mit Hamburg, Niedersachsen und
37 Mecklenburg-Vorpommern für den Aufbau einer länderübergreifenden
38 Institution in der Metropolregion Hamburg ein. Ziel ist es, Planung, Bau
39 und Finanzierung eines übergeordneten Radwegenetzes länderübergreifend zu
40 koordinieren.

41 Im Hinblick auf den Landesparteitag wird der Kreisvorstand befähigt, in
42 Absprache mit den Antragstellenden, den Antrag zu modifizieren und auf dem
43 Landesparteitag einzubringen.

Beschluss Den Rechtsstaat in der Fläche sichern!

Gremium: Kreismitgliederversammlung Pinneberg

Beschlussdatum: 27.09.2025

Tagesordnungspunkt: 5.1. Sachanträge

Antragstext

- 1 Mit der Ankündigung des Justizministeriums, die Reduzierung der Amtsgerichte auf
2 eines pro Kreis zu prüfen, erhebt sich berechtigter Widerspruch von Fachleuten
3 und aus der Zivilgesellschaft. Der Vorschlag berücksichtigt keine strukturellen
4 Unterschiede in den Regionen unseres Bundeslandes, erhöht deutlich die Fahrtwege
5 und stellt eine zusätzliche Belastung der bestehenden Standorte im Land dar.
- 6 Eine gute Justiz sichert das Vertrauen in unseren Rechtsstaat. An den
7 Amtsgerichten werden oftmals Dinge verhandelt, die das alltägliche Leben der
8 Menschen unmittelbar betreffen, wie Mietangelegenheiten, Familien-, Betreuungs-
9 oder kleinere Strafsachen. Gerade in der aktuellen Zeit ist ein solcher
10 Einschnitt der falsche Weg und benachteiligt im Kern Menschen mit niedrigem
11 Einkommen oder mobilitätseingeschränkte Personen.
- 12 Dabei zeigt sich besonders im Hamburger Randgebiet, welche Defizite eine
13 generelle, kreisbezogene Zusammenlegung mit sich bringt. Durch eine hohe
14 Besiedelungs- und Bevölkerungsdichte birgt eine Zusammenlegung eine deutliche,
15 überproportionale Mehrbelastung für die verbleibenden Amtsgerichte. Auch im
16 ländlichen Raum in Schleswig-Holstein ist ein Rückzug aus der Fläche fatal. Denn
17 in diesen Regionen, in denen die Wege besonders weit sind und der ÖPNV nicht
18 ausreichend ausgebaut ist, führt dies zu einer Belastung für die Rechtsuchenden.
19 Amtsgerichte sind nicht nur Orte, die Urteile produzieren, sie sind eine Bastion
20 des Rechtsstaates vor Ort.
- 21 Daher werden wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Prozess kritisch begleiten und
22 darauf hinwirken, dass sich eine Reform nicht pauschal an Kreisgrenzen
23 orientiert, sondern die Zielsetzung haben muss, allerorts im Land einen guten
24 Zugang zur Rechtspflege und einer funktionierenden Justiz zu sichern.
- 25 Der Kreisvorstand wird befähigt, den Antrag im Rahmen des Landesparteitags
26 einzureichen und in Absprache mit den Antragsstellenden Modifikation
27 vorzunehmen.